

Zur Sache!

Was die AfD wirklich will – und was wir entgegen



Welche Alternative?

Gegen »Altparteien«, »Volksverräter« und »Systemmedien« – die Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) stellt sich dar, als wäre sie die einzige Alternative. Doch was für eine Alternative wäre das? Die AfD gibt sich mal bürgerlich und konservativ, mal als Protestpartei, mal als Stütze des Mittelstandes, mal offen nationalistisch, mal als Stimme der »kleinen Leute«, mal als Tabubrecherin. Vielen fällt es deswegen schwer, eine klare Haltung zur AfD zu beziehen. Darf man die rechts nennen? – Ja, man darf.

Die AfD hat Verbindungen in ein extrem rechtes Netzwerk, darunter Neonazis, Burschenschaften und das Umfeld der Identitären Bewegung. Ihre Jugendorganisation, die »Junge Alternative«, betrifft das mindestens genauso.¹

Und die AfD macht keine gute Politik für »kleine Leute«: weder für Geringverdienende noch für Familien. Die AfD vertritt rassistische Positionen, die mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar sind. Die Partei ist eine Gefahr für Demokratie, Grundrechte und das friedliche Zusammenleben.² Das betrifft nicht nur Einzelpersonen. Das bis heute geltende Grundsatzprogramm von 2016 enthält Forderungen, die Personen wegen ihrer Herkunft benachteiligen und ausschließen. Es ist ein ultra-rechtes Programm und dahinter steht die ganze Partei. Daher schaut dieses Heft vor allem in das Grundsatzprogramm (GP), die Wahlprogramme und Aktivitäten der AfD in Parlamenten.

Die folgenden Seiten sollen zum Weiterlesen, Nachdenken und Diskutieren anregen, denn: Wer sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzen will, sollte nicht bei der AfD stehen bleiben. Es braucht eine Debatte darüber, was Demokratie ausmacht, und wie wir Solidarität und Teilhabe in der Gesellschaft leben können.

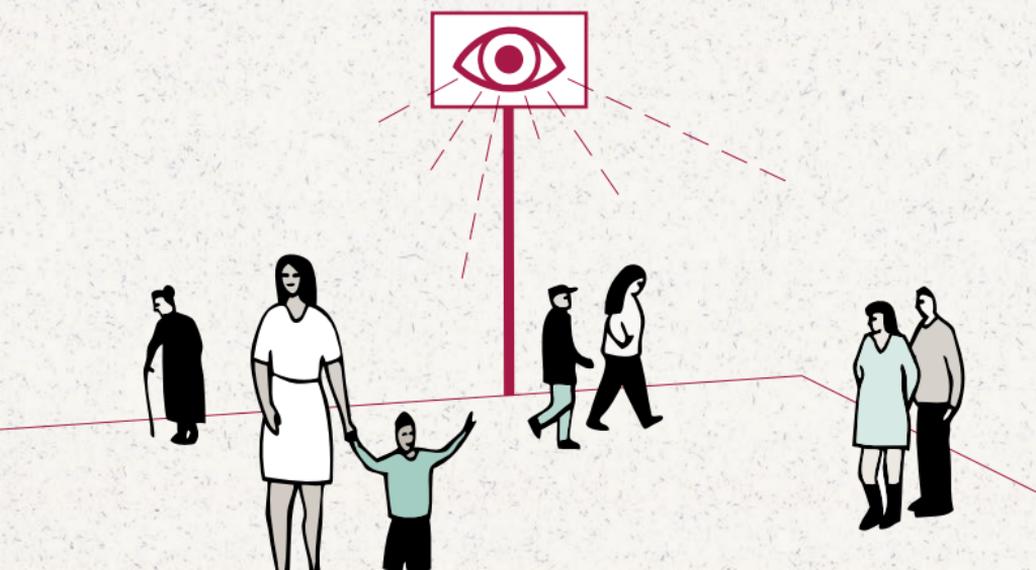
Inhalt

Sicherheit für wen?	4	Steht die AfD hinter dem Recht auf Asyl?	26
Alternative für Frauen?	6	Asylrecht ist Menschenrecht	28
Was heißt hier normal?	8	Was heißt Integration für die AfD?	30
Gender: Die feministische Gefahr?	10	Schützt die AfD die Umwelt?	32
Wie sozial ist die AfD?	12	Welche Kultur will die AfD fördern?	34
Wer gewinnt in der AfD-Steuerpolitik?	14	Die AfD und die Medien	36
Alle für sich in Europa?	16	Angriffe getarnt als Anfragen	38
Eine Alternative für die Demokratie?	18	Wie die AfD ihre politischen Gegner:innen bekämpft	40
Wer gehört für die AfD dazu?	20	Weiterbilden	42
Mitbestimmung von unten	22	Quellen	44
Wie hält es die AfD mit Antisemitismus?	24		

Sicherheit für wen?

Im Grundsatzprogramm behauptet die AfD, die innere Sicherheit in Deutschland nehme stetig ab, die Kriminalität steige an. Tatsächlich schwankt die Anzahl von Straftaten seit Mitte der 1990er Jahre auf derselben Höhe.³ Die AfD malt ein Gefahrenbild, um einerseits dem »Establishment« Versagen vorzuwerfen. Andererseits setzt sie sich selbst als Partei für Recht und Ordnung in Szene, die als einzige »dem Recht wieder zur Durchsetzung verhelfen« würde (GP: 24), die also als einzige rigoros durchgreifen würde.

So schlägt die AfD vor, das Strafmündigkeitsalter von 14 auf 12 Jahre zu senken (GP: 25). Straffällige Kinder und Jugendliche will die AfD leichter und härter bestrafen können, anstatt sie mit sozialen Maßnahmen zu unterstützen und ihnen eine neue Chance zu geben. Rechtspopulistische Politik im Namen von Recht und Ordnung bekämpft Symptome, nicht aber die Ursachen von Kriminalität.



Die AfD fordert: »Nicht therapierbare alkohol- und drogenabhängige sowie psychisch kranke Täter, von denen erhebliche Gefahren für die Allgemeinheit ausgehen, sind nicht in psychiatrischen Krankenhäusern, sondern in der Sicherungsverwahrung unterzubringen.« (GP: 26) Personen, die ihre eigenen Taten nicht vollständig verantworten können, gelten in Deutschland nicht als schulfähig. Sie werden nicht in Gefängnisse gebracht, sondern in geschlossene psychiatrische Kliniken mit besonderen Sicherungsmaßnahmen. Solche geschlossenen Psychiatrien sind der AfD noch zu wenig, sie will diese Menschen einfach wegsperren.⁴

Ihrer Logik folgend verlangt die AfD »Kein Datenschutz für Täter« (GP: 27). Die Polizei soll bei ihren Ermittlungen tief in die Privatsphäre der Verdächtigen eindringen können. Aber das eröffnet die Gefahr weitreichender Überwachung. Persönliche Informationen und Daten wären nicht mehr besonders geschützt, egal, ob bereits die Schuld geklärt wurde oder nicht: Der bloße Verdacht genügt.

»Recht und Ordnung« steht für eine autoritäre Bekämpfung von Kriminalität mit dem Holzhammer, die nicht davor zurückschreckt, Grundrechte einzuschränken.⁵ Die AfD erklärt ganz offen: Es brauche einen »sicherheitspolitischen Befreiungsschlag« zum Schutz der Bürger. »Andere Belange haben sich dem unterzuordnen.« (GP: 24)

Die Stärke eines Rechtsstaats bemisst sich aber gerade daran, wie er mit Verdächtigen und Täter:innen umgeht, denn für sie gelten dieselben Grundrechte wie für alle anderen. Ein Staat, der sich im Namen der Sicherheit nicht an Grenzen halten muss, birgt die Gefahr von Willkür. Das bietet niemandem Sicherheit.

Alternative für Frauen?

Die AfD betont, die Idee der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu vertreten. Sie behauptet, Frauen schützen zu wollen, Familien, Mütter und Alleinerziehende zu unterstützen und sich um die freie Entfaltung muslimischer Frauen zu sorgen (GP: 43, 50).

Tatsächlich will die Partei Frauen in traditionelle Rollen zurückdrängen, Gleichstellungspolitik beenden und Geschlechterforschung die Förderung entziehen (vgl. GP: 55). Die AfD ist gegen die Anerkennung der Istanbul-Konvention, die zum Ziel hat, Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen.⁶



Frauen sollen wieder mehr Kinder bekommen, sie vorrangig zuhause erziehen und dafür weniger arbeiten gehen.⁷ Diese Rolle fordert die AfD von Vätern nicht. In der Familie verlangt die AfD also keine gleichberechtigte Verteilung von Aufgaben, sondern eine »traditionelle«. Das benachteiligt Frauen, denn sie sollen die Verantwortung für die Kindererziehung allein tragen. Frauen sollen zwar allein erziehen, aber nicht als Alleinerziehende. Einelternfamilien sollen nicht als »erstrebenswerte« Lebensweisen oder normale Familien dargestellt werden, wenn es nach der AfD geht (GP: 44).

Migrantinnen gehören nicht dazu, wenn die AfD davon redet, Mütter unterstützen zu wollen. Die Partei beklagt, die angeblich hohe Geburtenrate unter Migrantinnen führe zu einem »ethnisch-kulturellen

Wandel der Bevölkerungsstruktur« (GP: 42). Mit Förderung der Mütter und Familien meint die AfD also nur weiße deutsche Familien ohne Migrationsgeschichte. Weiße deutsche Frauen wiederum sieht die AfD in der Pflicht, mehr Kinder zu bekommen: Für sie will die Partei staatliche Maßnahmen für mehr Geburten. So nennt die AfD Schwangerschaftsabbrüche ein »Vergehen« und fordert, sie zur Ausnahme zu

machen.⁸ Doch sichere Schwangerschaftsabbrüche gehören zu einer grundlegenden Gesundheitsversorgung.⁹ 80 Prozent der Menschen finden es falsch, dass sie in Deutschland rechtswidrig sind, wie eine Umfrage zeigt.¹⁰

Für die AfD sind Kinder keine persönliche Entscheidung, sondern Staatsziel.¹¹ Es geht ihr weniger um die Interessen der Frauen als um eine rassistische Bevölkerungspolitik.

Sie verspricht nur die Frauen zu unterstützen, die gemäß den Parteivorstellungen leben. Freie Entfaltung hingegen heißt, selbst entscheiden zu können und dabei Unterstützung zu finden.



Ich will meinen Sohn gut erziehen.
Dafür brauche ich einen fair bezahlten Job, so dass wir gut leben können, Freizeit mit meinem Kind und für mich allein, was gute Betreuungsmöglichkeiten voraussetzt. Bürokratie für Sozialleistungen schmälert unsere gemeinsame Freizeit.

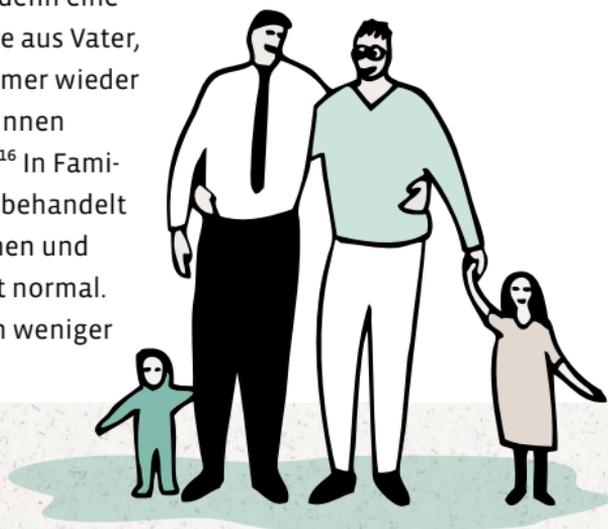


PAULA

Was heißt hier normal?

Die AfD behauptet, als einzige Partei für Normalität zu stehen. »Normal« im Sinne der AfD heißt allerdings, dass Menschen so zu leben haben, wie die Partei sich das vorstellt. Diese Vorstellungen sind aber oft rigoros und schränken die Freiheit von vielen ein. Ein Blick in die Parteigeschichte zeigt etwa: Die Vielfalt queerer Lebensweisen gilt der AfD nicht als normal; das betrifft die Freiheit von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans-Personen und Inter-Personen sowie ihre Familien.

Unter dem Label »Gender-Ideologie« bekämpft die AfD geschlechtliche Vielfalt. Offen agiert die Partei besonders gegen Transgeschlechtlichkeit und Transpersonen.¹² Ihre stellvertretende Fraktionschefin, Beatrix von Storch, musste ein Ordnungsgeld zahlen, weil sie sich im Bundestag mehrfach transfeindlich geäußert hat.¹³ Homofeindlich hingegen will die Partei offiziell nicht sein. Die langjährige Vorsitzende Alice Weidel behauptete sogar, die AfD sei eine »Schutzmacht für Schwule und Lesben«.¹⁴ Dabei ist die Partei gegen die Gleichstellung von Regenbogenfamilien, denn eine normale Familie bestünde aus Vater, Mutter und Kindern.¹⁵ Immer wieder haben sich AfD-Politiker:innen homofeindlich geäußert.¹⁶ In Familien- und Bildungspolitik behandelt die Partei queere Menschen und Lebensentwürfe als nicht normal. Sie sollen deswegen auch weniger sichtbar sein.





FIONA

Ich bin mit zwei Müttern aufgewachsen und hätte es gar nicht besser treffen können. Meine Eltern gehen beide arbeiten und kümmern sich um den Haushalt. Trotzdem nehmen sie sich viel Zeit für unser Familienleben. Mein soziales Umfeld begegnet mir mit Interesse und Offenheit.

Kampfbegriffe »Frühsexualisierung« und »Gender-Wahn«

Christlich-fundamentalistische Vereine, ultra-konservative Elternverbände und AfD warnen immer wieder vor einer »Frühsexualisierung von Kindern«. Damit unterstellen sie, eine »stille sexuelle Revolution« in Schule und Kita nähme Kinder »ins Visier«. ¹⁷ Das soll den Eindruck erwecken, dass schon die Aufklärung über unterschiedliche sexuelle Orientierungen Kinder zum Sex anreizen und ihnen Homosexualität oder Transgeschlechtlichkeit aufzwingen würde. ¹⁸

Eigentlich kämpft die AfD damit gegen Aufklärung über Vielfalt. Nur die Ehe zwischen Mann und Frau gilt ihr als natürlich. Dabei leben viele Menschen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen. Über die Vielfalt von sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten aufzuklären, ist nicht gefährlich, sondern wichtig. Frühsexualisierung ist ein Kampfbegriff gegen Sexaufklärung, Selbstbestimmung und immer auch gegen queere Menschen und ihre Freiheit.

Wer über lesbische, schwule und queere Paare und Eltern aufklärt, redet über Familie und Partnerschaft, aber nicht unbedingt über Sex. Auch Sexaufklärung drängt nicht zu Sex, sondern macht es möglich, eigene Entscheidungen zu treffen und Grenzen kennenzulernen.

Gender: Die feministische Gefahr?

Werteverfall, Rückgang der traditionellen Familie, »Frühsexualisierung, staatliche Ausgaben für pseudowissenschaftliche »Gender-Studies«, Quotenregelungen und eine Verunstaltung der deutschen Sprache« (GP: 55) – so katastrophal sieht es in Deutschland laut der AfD aus. Der Grund dafür: »Genderisierung«. Die AfD Baden-Württemberg stellte im Landtag die Falschaussage auf, Schüler:innen drohten Nachteile, wenn sie nicht gendern würden.¹⁹ Die AfD wirft mit Gerüchten und Schlagworten um sich. Doch sie klärt nicht darüber auf, was Gender und gendern bedeutet: Gender ist das soziale, gelebte oder gefühlte Geschlecht; gendern meint unsere Sprache.

Was ist gendern?

Mit gendern ist geschlechtergerechte Sprache gemeint. Durch das Gendersternchen oder den Doppelpunkt werden alle Geschlechter genannt, männlich, weiblich, divers – also Student*innen statt Studenten. Alternativ wird geschlechtsneutral gesprochen und geschrieben, also Studierende statt Studenten. So sollen sich alle angesprochen fühlen und nicht übergangen werden. Sprache ist Gewohnheit. Deswegen fallen manchen diese Änderungen nicht leicht. Doch Sprache verändert sich schon immer. Einen »Zwang« zum Gendern gibt es nicht. Im Gegenteil: In vielen Bundesländern verbieten Konservative das Gendern an Schulen und schränken damit Freiheiten ein.

Studenten
Studierende

jeder
alle

Mädchenname
Geburtsname

Mannschaft
Team

Woran denken Sie, wenn Sie von einer
„Gruppe von Ingenieuren“ hören?

An Männer, an Frauen oder an
alle Geschlechter?



Kampfbegriffe »Politische Korrektheit« und »Cancel Culture«

In Debatten um respektvolle Sprache sieht die AfD nur »gesellschaftsschädigende Politische Korrektheit«. Für sie bedeutet das Sprachverbote und einen Angriff auf die Meinungsfreiheit (GP: 11, 58). Mit dem Satz »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen« unterstellen rechte Gruppen, ihre Meinungsfreiheit sei in großer Gefahr. Tatsache ist aber: Rechte Zeitungen dürfen vertrieben werden, rechtspopulistische Thesen wie die von Thilo Sarrazin konnten zu Bestsellern werden. Es gibt also keine Sprechverbote. Zur Redefreiheit gehören aber verschiedene Ansichten und kritische Debatten. Das Recht nur eine Meinung sagen zu dürfen, gibt es nicht. Alle entscheiden selbst, wen sie einladen und wen nicht – das ist keine »Cancel Culture«. Das Ziel »politisch korrekter« Sprache ist kein Denkverbot, sondern ein respektvoller Umgang und der Versuch, nicht zu diskriminieren.

Wie sozial ist die AfD?

Die AfD stellt sich als Partei der kleinen Leute dar. Der langjährige frühere Partei-Sprecher Alexander Gauland sagt, er wolle »so viel soziale Gerechtigkeit wie möglich« umsetzen.²⁰ Wenn es aber um konkrete Sozialpolitik geht, hat die AfD keine klare Linie.

Erstens streiten in der AfD zwei Flügel über Sozialpolitik. Die Parteivorsitzende Alice Weidel steht für den marktradikalen Gründungskern der AfD und damit nicht für die Interessen von Arbeiternehmer:innen und Bedürftigen.²¹ Laut Grundsatzprogramm will die AfD »auf breiter Front deregulieren« (GP: 68). Laut Wahlprogramm 2021 hingegen will die Partei den Mindestlohn behalten und sorgt sich um Altersarmut.²² In sozialen Fragen bezieht die AfD nicht klar Stellung, und das ist Strategie: Sie will für Besserverdienende wählbar sein, aber auch für Einkommensschwache. Das geht nicht immer zusammen, gerade in der Sozialpolitik. Deswegen will die AfD Streitpunkte »möglichst im Hintergrund« lassen,²³ anstatt eindeutig Position zu beziehen. Die AfD redet gerne von den »kleinen Leuten«. Aber wenn es um Politik für sie geht, ist die Richtung der Partei nicht erkennbar.

Zweitens versucht die AfD diese Widersprüche zu überdecken, indem sie gemeinsame äußere Feindbilder sucht. Dann sind wahlweise der Euro, der Klimaschutz oder verschworene Eliten für soziale Schief lagen verantwortlich.²⁴ Verschwörungserzählungen und Sündenböcke lösen aber keine realen Probleme wie Armut, Corona-Krise oder Ungerechtigkeit im Bildungssystem.

Drittens: Der vermeintlich soziale Flügel ist zugleich die völkische Fraktion um Björn Höcke und steht nicht für soziale Gerechtigkeit, sondern für autoritäre und rassistische Sozialpolitik. So macht die AfD Wahlkampf mit Slogans wie »Abschieben schafft Wohnraum«.

Das ist falsch, Abschiebungen können die Wohnungskrise nicht lösen.²⁵ Sie muss mit guten wohnungspolitischen Strategien gelöst werden: Von Bauen über Mietendeckel bis Vergesellschaftung werden die unterschiedlichsten Mittel diskutiert, damit Wohnraum für alle wieder bezahlbar wird.

Von Anfang an stellt die AfD Sozialpolitik einerseits sowie humane Asylpolitik und offene Einwanderungspolitik andererseits als Widersprüche dar.²⁶ Solidarität könne es nur innerhalb einer nationalen Gemeinschaft geben, behauptet die AfD sinngemäß. Das ist ein Versuch, Fragen sozialer Gerechtigkeit umzudeuten als Konflikt zwischen innen und außen. Die AfD versucht, benachteiligte Gruppen gegeneinander auszuspielen. Dabei ist Deutschland ein reiches Land und kann sich sowohl Sozialpolitik als auch Asylrecht leisten. Solidarität macht keinen Halt an Landesgrenzen.

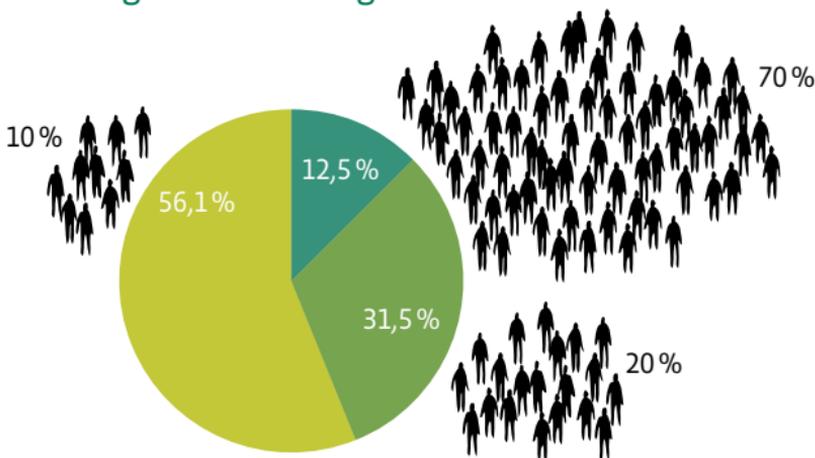


Wer gewinnt in der AfD-Steuerpolitik?

Die AfD verspricht im Grundsatzprogramm: »Wir treten für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem ein, das mit niedrigen Steuern vor allem Mittel- und Geringverdiener finanziell entlastet.« (GP: 73)

Doch die meisten AfD-Pläne für Steuerreformen helfen eindeutig nur Besserverdienenden und Reichen: Die AfD will eine Vermögenssteuer verhindern.²⁷ Die Erbschaftssteuer will sie abschaffen.²⁸ Das entlastet aber nur große Erbschaften, denn wer kleine Summen erbt, muss bereits jetzt keine Steuern bezahlen – hier gelten Freibeträge. Damit will die AfD also Vermögende und große Erbschaften von Steuern be-

Vermögensverteilung



Dem reichsten Zehntel gehören mehr als 50 Prozent des Vermögens, der größte Teil der Bevölkerung kommt zusammen nur auf 12 Prozent. Von gerechter Verteilung ist das weit entfernt.²⁹

freien. Die AfD will ein Stufensystem für die Einkommenssteuer. Das würde alle Einkommen ab 30.001 Euro mit 25 Prozent besteuern,³⁰ egal ob man 30.001 verdient oder 600.000 Euro. Der Spitzensteuersatz würde wegfallen. Das würde vor allem Spitzenverdiener:innen entlasten.³¹

Weniger Steuern heißt, es steht weniger Geld zur Verfügung. Dann wird gekürzt, auch in der Bildung und im Sozialen. Weniger Steuern, aber mehr Unterstützung für Familien und Rentner:innen – das passt schwer zusammen. Deutschland ist ein reiches Land mit sehr ungleich verteiltem Reichtum. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat zusammen nur ein Prozent des Vermögens, viele davon haben Schulden. Auf der anderen Seite stehen extrem hohe Vermögen. Sie zu besteuern wäre ein Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Laut ihrem Grundsatzprogramm findet die AfD den Sozialstaat nicht wichtig. Sie will einen schlanken Staat, der sich auf vier Kerngebiete beschränkt: Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung. Sozialpolitik gilt nicht als Kernbereich, sondern als zusätzliche Aufgabe. Die AfD will, dass solche zusätzlichen Aufgaben gerechtfertigt werden müssen (GP: 9). Der Sozialstaat gilt der AfD also nicht als Selbstverständlichkeit. Ihre Programme stellen Sozialpolitik sogar grundsätzlich in Frage.



**MATTHIAS,
GEWERKSCHAFTER**

Das Steuerkonzept der AfD ist eine Katastrophe. Es dient dazu, den Staat handlungsunfähig zu machen. Was wir brauchen, ist aber ein handlungsfähiger Staat, der in Bildung und Infrastruktur investiert und den sozialen Zusammenhalt fördert. Das kommt am Ende allen zugute.

Alle für sich in Europa?

Die AfD betrachtet die Europäische Union als gescheitert und will sie daher auflösen. Stattdessen will sie einen »Bund europäischer Nationen« gründen,³² denn sie stehe gegen »fremde Bevormundung« (GP: 17). Die Europäische Union werde von Bürokrat:innen regiert, die sich immer mehr Macht und Kompetenzen nähmen. Deshalb sei Deutschland in der EU kein souveräner, selbstbestimmter Staat, behauptet die AfD. Die AfD findet die Europäische Union undemokratisch. Laut Wahlprogramm will sie ausgerechnet das Europäische Parlament abschaffen, also das einzige direkt gewählte Gremium der EU.³³

Wäre ohne die EU wirklich alles besser?

Die vielen Ebenen in der EU machen es nicht leicht, europäische Politik mitzugestalten und zu verändern. Die Brüsseler Politik wird von vielen Seiten kritisiert. Und: Deutschland muss in der EU Kompromisse schließen.

In der EU verhandeln die europäischen Staaten viele Fragen der Wirtschaft und Außenpolitik. Das sind Themen, die heute kein Staat allein entscheiden kann – auch Deutschland nicht. Niemand ist allein souverän, alle müssen Kompromisse eingehen. Das wäre ohne Europäische Union nicht anders. Die Bundesrepublik ist in der EU auch nicht völlig machtlos oder wird bevormundet. Die Mitgliedstaaten wirken an Gesetzen und Verträgen mit. Deutschland hat in der EU sogar eine führende Rolle.

Die Europäische Union kann mehr sein als ein Verbund, aus dem alle Staaten nur den eigenen Vorteil ziehen wollen. Die EU kann ein Projekt sein, in dem es um Frieden, Demokratie und Solidarität geht. In einem solidarischen Europa geht es darum, sich in schweren Zeiten zu unterstützen und zwar über Staatsgrenzen hinweg.



Friedliche Alternative?

Die AfD fordert ein Ende der Sanktionen gegen Russland und das Ende des Krieges in der Ukraine. Um Frieden und Demokratie geht es dabei jedoch nicht. Denn dann könnte die AfD ja auch Russland auffordern, den völkerrechtswidrigen Krieg zu beenden. Doch die AfD hegt enge Verbindungen nach Russland.³⁴ Politische Ziele überschneiden sich: Der russische Staat kriminalisiert queere Bewegungen als »extremistisch« und unterstellt queeren Menschen »westliche Dekadenz«.³⁵ Auch AfD-Abgeordnete sahen in liberalen Gesellschaften und queeren Lebensweisen einen »Sittenverfall«.³⁶

Es ist richtig und wichtig, sich für Frieden einzusetzen. Doch Putin will keinen Frieden, sondern seinen Herrschaftsbereich in die Ukraine ausdehnen. In Ländern wie Russland oder Belarus heißt das: Demokratie gibt es nicht, sondern Polizeigewalt gegen Bürger:innen, Zensur der Medien und Kriminalisierung von Oppositionellen. Diese Menschen und die Ukrainer:innen wollen aber in Freiheit leben. Frieden mit Russland darf nicht um den Preis ihrer Freiheit erkaufte werden.

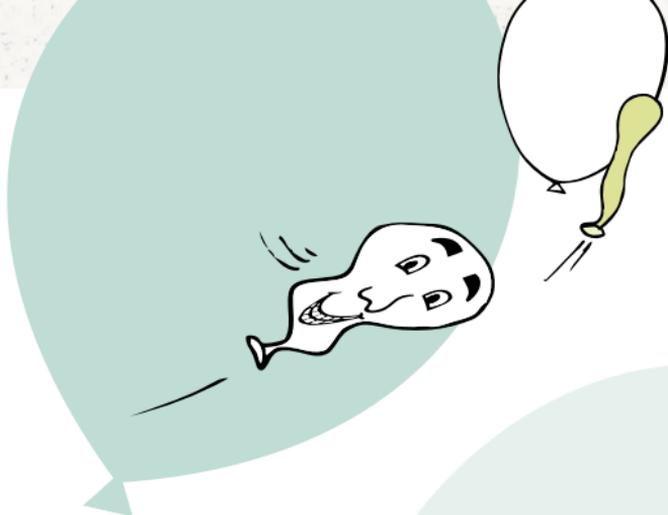
Eine Alternative für die Demokratie?

»Altparteien«, »Kartell«, »politische Klasse« – so nennt die AfD die anderen Parteien. Die Behauptung: Die anderen Parteien vertreten nicht die Interessen der Bürger:innen, sondern denken nur an sich und ihren Vorteil. Sie wären keine demokratische Vertretung mehr. Im Grundsatzprogramm der AfD ist von einem »heimlichen Souverän« die Rede. Der hätte die »Schalthebel der Macht« und die Information der Bevölkerung komplett im Griff (GP: 8).

Die AfD unterstellt den anderen Parteien also eine Verschwörung. Verschwörungstheorien werden genutzt, um sich zu erklären, was man als unverständlich und als unfair wahrnimmt. Einer kleinen Gruppe wird dann unterstellt, für alles die Verantwortung zu tragen.

Richtig ist: Demokratie hat ihre Probleme. Politiker:innen können sich weit vom Alltag entfernt haben. Politische Entscheidungen sind oft kompliziert und langwierig. Wirtschaftlich starke Lobby-Gruppen können leichter Einfluss ausüben als Einzelne oder kleine Vereine. Bürger:innen sollten dies weiterhin kritisieren und auf demokratische Veränderungen drängen. Dahinter steckt jedoch keine kleine verschworene Gruppe, die die ganze Gesellschaft steuert.





Im Kampf gegen diese angebliche Verschwörung präsentiert die AfD sich als einzige Rettung für die Demokratie. Eine demokratische Oppositionspartei kann selbstverständlich die Regierung kritisieren, muss aber respektieren, dass andere Parteien andere Politik machen als sie selbst. Die AfD erkennt andere Parteien jedoch nicht an, sondern verleumdet sie als »Kartelle«. Meinungen jenseits der eigenen will die AfD nicht gelten lassen.

Die AfD stellt alle anderen als korrupt dar. Dabei stehen gegen die Partei selbst schwere Vorwürfe im Raum. Die AfD hat »die größten intransparenten Geldflüsse der letzten Jahre zugunsten einer einzelnen Partei« bekommen, schätzt Lobbycontrol.³⁷ Heute dienen viele Initiativen der AfD autoritären Staaten wie Russland und China.³⁸ Die AfD kritisiert zwar Parteien. Mit ihrem eigenen Verhalten wird sie aber kein besseres Vorbild für eine demokratische Partei.

In einer pluralistischen Demokratie sollte es viele Parteien und Alternativen geben. Keine Partei vertritt die Ansichten aller, auch die AfD nicht.

Wer gehört für die AfD dazu?

Offiziell distanziert die AfD sich von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Aber viele AfD-Forderungen benachteiligen Menschen wegen deren Herkunft oder Abstammung. Deutsche mit Migrationsgeschichte scheinen für die AfD nur Deutsche auf Probe zu sein.

Die deutsche Staatsangehörigkeit sollen nur Kinder erhalten, die mindestens einen deutschen Elternteil haben (GP: 65). Es zählt also nur die Abstammung; in Deutschland geboren zu sein, reicht der AfD nicht aus. So wird Kindern aus eingewanderten Familien von Anfang an gesagt, dass sie nicht richtig dazugehören – als ob sie anders wären als Kinder mit nicht eingewanderten Eltern. Für die AfD müssen sie erst beweisen, dass sie sich integrieren können. Aber wer in Deutschland aufwächst, muss nicht erst eine neue Kultur kennen lernen, sondern ist längst ein Teil von ihr.

In Deutschland sind Einwanderung und Einbürgerung schon jetzt an hohe Hürden gekoppelt. Millionen Einwohner:innen haben daher kein Wahlrecht, obwohl sie hier leben, Steuern bezahlen und sich für die Gesellschaft engagieren. Viele Migrant:innen fordern daher mehr Mitbestimmung und das Wahlrecht.³⁹

Die AfD nutzt in ihren Wahlprogrammen das Wort »Remigration«, wenn es darum geht, Asylsuchende in ihre Herkunftsländer abzuschieben.⁴⁰ Hinter verschlossenen Türen geht die AfD noch weiter. Parteimitglieder nahmen an geheimen Treffen mit Neonazis und Unternehmer:innen teil. Das Ziel: Menschen anhand rassistischer Kriterien aus Deutschland vertreiben zu können – Asylsuchende, Ausländer:innen mit Bleiberecht, aber auch deutsche Staatsbürger:innen, die als nicht ausreichend »assimiliert« also angepasst gelten. Anwesende AfD-Politiker:innen widersprachen nicht.⁴¹

Das zeigt abermals, dass in der AfD rassistisch und völkisch gedacht wird: Auf dem Treffen ging es um Vertreibung, die sich allein nach der Abstammung richten soll. Es läuft darauf hinaus, deutsch sein zu einer biologischen, erblichen Eigenschaft zu erklären. Doch wer deutsch ist und wer nicht, wird über Gesetze festgelegt – und die kommen nicht aus der Natur, sondern sind politische Entscheidungen.

Die rassistische Ideologie besagt, es gebe verschiedene Gruppen von Menschen. Diese würden sich in unveränderlichen Eigenschaften unterscheiden. Das kann über Natur oder Kultur erzählt werden. Wegen der Unterschiede könnten verschiedene Kulturen nicht zusammenleben oder würden es verdienen, ungleich behandelt zu werden. Tatsache ist: Die Unterschiede bestehen nicht zwischen Gruppen von Menschen, sondern zwischen den Einzelnen. Auch innerhalb einer Kultur sind alle verschieden. Verschiedenheit ist menschliche Natur und keine Gefahr.

Wer Staatsbürger:innen mit Migrationsgeschichte zu vertreiben droht, zerstört jede Zugehörigkeit und rechtliche Sicherheit. Wer die Vertreibung von Menschen zum Programm erhebt – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft – schützt keine Kultur, sondern handelt menschenverachtend.



Mitbestimmung von unten

Direkte Demokratie braucht keinen einheitlichen Volkswillen, wie ihn viele Rechte beschwören, sondern vielfältige Ideen und Diskussionen.

Mitreden

Bürgerentscheide, Petitionen und Bürgerinitiativen ermöglichen Bürger:innen, selbst politische Entscheidungen zu treffen und sich einzubringen. Vielerorts haben sie so die Privatisierung der Wasserversorgung verhindert. Einige Themen werden erst durch großen Einsatz von Bürger:innen angemessen öffentlich diskutiert, zum Beispiel Massentierhaltung.

Vertretung

Direkte Demokratie sollte die repräsentative Demokratie ergänzen, nicht ersetzen. Nicht alle Menschen können oder wollen dauerhaft an Politik mitarbeiten. Ein gewähltes Parlament entscheidet dann als Vertretung der vielfältigen Interessen. Durch die Wahl haben alle ihren Einfluss auf die Entscheidung. Direkte Demokratie kann die Repräsentation aber kontrollieren und verbessern.



Keine Willkür

Keine Mehrheit darf einer Minderheit die Rechte entziehen. In einer Demokratie dürfen Entscheidungen keine Willkür walten lassen, sondern müssen die Menschenrechte als Grenze anerkennen. Volksentscheide können also nicht über alles entscheiden. Zum Beispiel darf die Mehrheit nicht einer Religionsgemeinschaft Kirchen erlauben und einer anderen verbieten.



Mitmachen

Der bloße Ruf nach schnellen Volksentscheiden reicht nicht. Denn direkte Demokratie erfordert aktive und beständige Beteiligung von vielen. Viele Informationen und Diskussionen sind nötig, damit gute Ideen entwickelt und faire Entscheidungen getroffen werden können.

Irrtum ausgeschlossen?

Auch wenn alle Bürger:innen abstimmen, muss das Ergebnis nicht perfekt sein. Deswegen gehört zur direkten Demokratie nicht nur die Abstimmung, sondern eine offene Diskussion, in der unterschiedliche Meinungen gehört werden. Volksentscheide sind nicht als endgültig zu verstehen. Die unterlegene Minderheit hat das Recht, das Ergebnis zu kritisieren und weiterhin Stimmen für ihre Position zu gewinnen.

Wie hält es die AfD mit Antisemitismus?

Die AfD behauptet, hinter den Jüdinnen:Juden in Deutschland zu stehen. Von Antisemitismus oder Judenfeindschaft distanziert die Partei sich offiziell.

Die AfD bekennt sich vor allem dann zum Judentum in Deutschland, wenn es gegen den Islam geht. Ihre Veröffentlichungen erwecken den Eindruck, Antisemitismus würde vor allem durch Muslim:innen nach Deutschland »importiert«. ⁴² Gegen Antisemitismus ist die AfD vor allem dann, wenn sie damit gegen Einwanderung argumentieren will. Antisemitische Einstellungen sind jedoch in Deutschland traditionell verbreitet – auch ganz ohne Einwanderung.

Während des Nationalsozialismus ermordeten Deutsche sechs Millionen Jüdinnen:Juden in Konzentrationslagern. Davon will die AfD jedoch nichts hören. Sie fordert, weniger über den Nationalsozialismus, antisemitische Verfolgung und Vernichtung sowie deutsche Schuld zu reden. Im Grundsatzprogramm ist formuliert: Die deutsche »Erinnerungskultur (sei) auf die Zeit des Nationalsozialismus« verengt (GP: 48). Alexander Gauland, Ehrenvorsitzender der AfD, nannte den Nationalsozialismus einen »Vogelschiss« in der deutschen Geschichte, um die Verbrechen klein zu reden. Die AfD verharmlost Schuld und wehrt Erinnerung ab. Für ihren Nationalismus ist es wichtig, deutsche Geschichte ausschließlich positiv darzustellen.

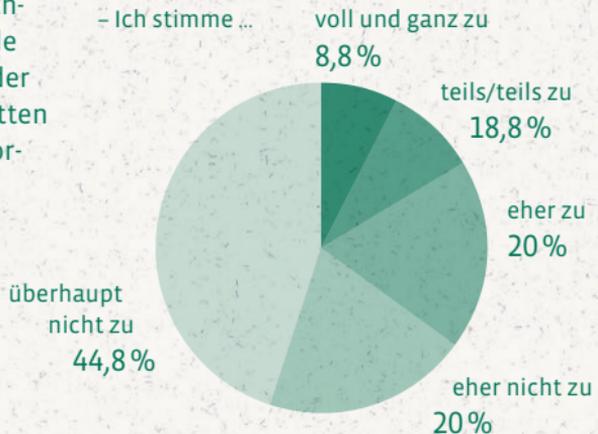
Immer wieder äußern sich AfD-Mitglieder ganz deutlich antisemitisch, spielen auf antisemitische Bilder an oder nutzen nationalsozialistische Sprache. Mehrfach bedienten AfD-Politiker:innen den heute verbotenen Wahlspruch der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA)

»Alles für Deutschland«.⁴³ Damit verhöhnen sie die Opfer des Nationalsozialismus. AfD-Abgeordnete verbreiten Verschwörungsmyschen vom »Großen Austausch« oder vom »Great Reset«, die behaupten, übermächtige Akteure würden im Geheimen die Weltgeschehnisse steuern.⁴⁴ Auch wenn Jüdinnen:Juden nicht immer direkt genannt werden, spielen Verschwörungsmyschen mit vorhandenen antisemitischen Bildern – die Schuldigen sind schnell gefunden.

Die AfD bedient vielfach Verschwörungstheorien: gegen Medien, Parteien oder die Europäische Union. Und sie will weniger Auseinandersetzung mit antisemitischer Geschichte in Deutschland. Da finden sich Antisemit:innen wieder, deshalb gibt es in der AfD viele von ihnen. Unter AfD-Wähler:innen findet sich Antisemitismus deutlich häufiger als bei denen anderer Parteien.⁴⁵

Den Opfern böse Absichten unterstellen – eine häufige Begründung, um das Erinnern an den Nationalsozialismus zu verteufeln.

Zustimmung in Deutschland zur Aussage: »Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.«⁴⁶



Steht die AfD hinter dem Recht auf Asyl?

Die AfD spricht von »Masseneinwanderung«, einer »Völkerwanderung historischen Ausmaßes« und »bislang unvorstellbare(n) Wanderungsbewegungen in Richtung der wohlhabenden europäischen Staaten« (GP: 59). Sie meint damit Personen, die in Deutschland Asyl suchen.

Die AfD erzeugt durch ihre Sprache ein Bild, das Unsicherheit und Angst schüren soll. Es entsteht der Eindruck einer Invasion, die Deutschland überrennt. Die AfD nutzt Wörter wie »Masse« und »Völkerwanderung« und schiebt damit den einzelnen Menschen beiseite – und so auch seine Fluchtgründe, Ängste und Nöte. Die Einzelnen sind nicht mehr sichtbar. So ist es einfach, Solidarität zu verwehren.

Menschen auf der Flucht 2022⁴⁷

108,4 Mio
weltweit

2,1 Mio
Deutschland



Dabei sieht die Realität anders aus. Im europäischen Vergleich nimmt Deutschland zwar viele Asylsuchende auf. Doch von allen Personen, die 2022 weltweit auf der Flucht waren, stellten knapp zwei Prozent in Deutschland einen Antrag auf Asyl. 76 % aller Geflüchteten weltweit hielten sich dagegen in ärmeren Staaten auf wie dem Tschad, Bangladesch und Kolumbien. Die meisten Flüchtlinge befanden sich in der Türkei.⁴⁸

Fluchtgründe sind vielfältig

Viele Parteien wollen, dass Deutschland Flüchtlinge nach Syrien abschiebt, weil dort fast überall Frieden herrschen würde. Die AfD treibt diese Debatte seit Jahren voran.⁴⁹ Dabei ist die Lage in Syrien keineswegs sicher: Vielen Syrer:innen droht bei ihrer Rückkehr Folter oder eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung.⁵⁰ Die AfD behauptet, dass sie »echte Flüchtlinge« schützen wolle (GP: 59). Doch sie verleugnet immer mehr Fluchtgründe, sodass kaum jemand als »echter Flüchtling« gelten kann.

Im deutschen Asylgesetz werden nur wenige Fluchtgründe anerkannt. Eine Anerkennung als Flüchtling erhalten nur politisch Verfolgte. Auch wer vor Krieg und Gefahren wie Folter, willkürliche Haft oder Hinrichtung flüchtet, kann in Deutschland Schutz erhalten. Allerdings ist dieser Schutz mit weniger Rechten verbunden als das Asyl. Gründe wie existenzbedrohende Diskriminierung, Klima-Katastrophen, Überfischung oder Landraub werden nicht anerkannt. Das ändert nichts an der Tatsache, dass Millionen Menschen weltweit aus Armut und Not fliehen. Ihre Gründe anzuerkennen wäre ein erster Schritt für eine humane Asylpolitik und eine nachhaltige Entwicklungspolitik.

Asylrecht ist Menschenrecht

Im Programm zur Europa-Wahl 2024 fordert die AfD: »Nicht ›Resettlements‹, also Umsiedlungsprogramme nach Europa, sind das Gebot der Stunde, sondern das Gegenteil: Auf nationaler und europäischer Ebene müssen Remigrationsprogramme auf- und ausgebaut werden.«⁵¹ Damit will die AfD abermals gegen Migration und Asyl Stimmung machen.

Das Grundsatzprogramm der AfD sieht vor, das individuelle Grundrecht auf Asyl durch die sogenannte institutionelle Garantie zu ersetzen (GP: 60). Ein Asylrecht gäbe es zwar weiterhin. Es wäre aber kein individuelles Grundrecht mehr, das jedem Menschen erst einmal zusteht und einklagbar ist. Das Asylrecht könnte damit noch stärker als bisher eingeschränkt werden, indem beispielsweise Obergrenzen und Kontingente für die Einreise festgelegt werden sowie Verwaltungs- und Gerichtsverfahren noch mehr vereinfacht oder verkürzt werden.

Das Recht auf Asyl ist aber weder eine Gnade und nette Geste noch ein Privileg, das nur bestimmten Gruppen zusteht. Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht, das im Grundgesetz verankert ist. Grundrechte begrenzen und verpflichten den Staat gegenüber den Einzelnen. Grundrechte sind nur dann wirkungsvoll, wenn sie jederzeit für alle gelten. Sie können also nicht einfach eingeschränkt oder abgeschafft werden. Genauso wenig kann man sie verwirken. Grundrechte unterscheiden den Rechtsstaat vom Willkürstaat.

Das Grundrecht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Es steht jedem Menschen unabhängig von seiner Nationalität zu. Somit darf jeder Mensch in Deutschland einen Antrag auf Asyl stellen.

Art. 16a Abs. 1
Politisch
Verfolgte genießen
Asylrecht.



Die AfD spricht – nicht als einzige Partei – vom »massenhaften Missbrauch« des Asylrechts (GP: 59). Diese Behauptung ist falsch, denn das Asylrecht kann nicht missbraucht werden. Erstens darf jeder Mensch einen Asylantrag stellen. Zweitens wird der Asylantrag nach geltenden Richtlinien geprüft. Werden sie nicht erfüllt, wird kein Asyl gewährt. Wenn Staaten als sicher gelten, bekommen deren Bürger:innen in Deutschland kein Asyl. Es ist ein Trend, Staaten als sicher einzustufen, um dorthin abschieben zu können. Zum Beispiel wird nach Serbien abgeschoben, obwohl es dort vor allem für die Minderheit der Roma menschenunwürdig und gefährlich ist.⁵²

Außerdem ist die Behauptung des Missbrauchs gefährlich. Sie bietet den Nährboden für Gewalt und Übergriffe. Denn sie unterstellt Geflüchteten, kriminell zu sein und sich mit einem Asylantrag etwas zu ergaunern, was ihnen nicht zusteht. Dabei ist das Asylrecht genau dafür da, von Menschen in großer Not in Anspruch genommen zu werden.

Was heißt Integration für die AfD?

Für die AfD haben Migrant:innen die »unabhängbare Bringschuld«, sich zu integrieren: deutsch zu sprechen, die Gesetze zu beachten und den Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Gleichzeitig fordert sie, dass sich Migrant:innen an ihre »neue Heimat anpassen, nicht umgekehrt.« (GP: 63) Die AfD macht Eingewanderte allein für den Erfolg ihrer Integration verantwortlich. Dabei schwingt immer die pauschale Unterstellung der Integrationsverweigerung mit, also dass sich Migrant:innen gar nicht integrieren wollen würden.



Dabei leben die meisten Migrant:innen genauso, wie es sich die AfD wünscht. Sie arbeiten oder absolvieren eine Ausbildung, engagieren sich ehrenamtlich, ziehen Kinder auf, haben Freundschaften – leben also wie alle anderen auch. Aber zusätzlich sammeln viele Erfahrungen, die die meisten Deutschen nicht kennen:

- > einen Job oder eine Wohnung nicht zu bekommen, weil der Nachname ausländisch klingt oder
- > wegen der Hautfarbe, des Kopftuchs oder des Akzents angestarrt, beleidigt oder gar angegriffen zu werden.

Allerdings reicht der AfD Integration nicht aus, sie will eigentlich Assimilation: »Assimilation als weitestgehende Form der Integration ist zwar anzustreben, aber nicht erzwingbar« (GP: 63). Doch Assimilation bedeutet Selbstaufgabe. So will die AfD, dass sich Eingewan-



derte an eine »deutsche Leitkultur« anpassen. Es geht ihr also um mehr, als Gesetze zu beachten und zu arbeiten: Migrant:innen sollen ihre Kultur, Religion und Bräuche dieser »Leitkultur« unterordnen (GP: 47). Das beschneidet aber unser aller Freiheitsrechte.



Teilhabe heißt, sich integrieren und sich einbringen zu können. Voraussetzung ist, dass Migrant:innen nicht diskriminiert werden und die gleichen Rechte haben wie alle anderen.



Menschen leben in der Bundesrepublik sehr unterschiedlich. Sie haben verschiedene Werte, Wünsche und Hoffnungen. Für viele ist das Kopftuch selbstverständlicher als die Lederhose. Es gibt also nicht die eine deutsche Gesellschaft, an die man sich anpassen kann. Die demokratische Gesellschaftsordnung gibt nur einen Rahmen vor. Innerhalb dieses Rahmens können alle leben, wie sie möchten – unabhängig von ihrer Herkunft. Sie können Kinder haben oder auch nicht; sie können beten oder auch nicht; Schweinefleisch essen oder auch nicht. Wichtig ist, dass alle einander mit Respekt und Rücksicht behandeln.

Wir brauchen keine Integration, die nur als »Anpassung an die Mehrheit« verstanden wird. Wir brauchen Inklusion: Jeder Mensch muss von der Gesellschaft in seiner Individualität so akzeptiert werden, wie er ist. Jeder muss voll und ganz ein Teil der Gesellschaft sein können.



GJULNER,
ROMANO SUMNAL E. V.

Schützt die AfD die Umwelt?

Die AfD leugnet den menschengemachten Klimawandel mit seinen Risiken. Im Bundestag hat sie sogar beantragt, die Klimaschutz-Politik komplett aufzugeben. Deutschland solle alle Gesetze und internationalen Verpflichtungen beenden, auch das Pariser Klimaabkommen.⁵³

Viele Kampagnen stellen den Klimawandel als »Klimalüge« dar. Wissenschaftlich begründet ist das nicht. Kohle- und Ölkonzerne haben jahrelang Forscher:innen bezahlt, damit sie den menschengemachten Klimawandel in Frage stellen – und zwar mit Lügen und Halbwahrheiten.⁵⁴

Wissenschaftler:innen weltweit sind sich einig: Eine höhere CO₂-Konzentration in der Atmosphäre verstärkt den natürlichen Treibhauseffekt und führt so zu einem Temperaturanstieg auf der Erde. Die Ozeane nehmen dann mehr CO₂ auf. Dadurch versauert das Meerwasser dauerhaft – mit drastischen Folgen für viele Meerestiere. Der Klimawandel gefährdet das Überleben vieler Tier- und Pflanzenarten und führt zu mehr Wetterextremen: Dürren, Flut, Hitzewellen. Den Klimawandel zu leugnen, ist keine Antwort auf diese Probleme.

Die AfD leugnet den Klimawandel, stellt sich auf der anderen Seite aber als umweltfreundlich dar. Wie passt das zusammen? Die AfD ist vor allem dann für Umweltschutz, wenn sie damit gegen Klimapolitik argumentieren will. Ein Beispiel: Windräder und Vögel. Die AfD behauptet, Windkraftwerke würden einen »Blutzoll« von der Tierwelt fordern.⁵⁵



Meine Flächen sind durch den Kohlebergbau nur halb so viel wert; Biodiversität und Wassermanagement sind zerstört. Dann wollte man noch mein Dorf zerstören, obwohl die Kohle darunter gar nicht benötigt wird. Ich habe angefangen, dagegen zu kämpfen und mich für den Kohleausstieg einzusetzen. Wir müssen damit aufhören, unsere Lebensgrundlagen zu zerstören!



JENS,
LANDWIRT

Tatsächlich sterben Schätzungen zufolge bis zu 100.000 Vögel in Deutschland jährlich durch Windräder. Viel mehr Vögel sterben allerdings jedes Jahr durch: Glasfassaden (mehr als 115 Millionen), Verkehr (70 Millionen) und Hauskatzen (mehr als 20 Millionen).⁵⁶ Industrielle Landwirtschaft und Versiegelung zerstören den Lebensraum von Vögeln und verdrängen sie. Auch die fortschreitende Klimakrise gefährdet die Artenvielfalt, aber nicht der Ausbau Erneuerbarer Energien.

Die AfD nennt die Bepreisung von CO₂-Emissionen »kalte Enteignung der Bürger und der Industrie«⁵⁷. Auch stellt sie sich gegen Erneuerbare Energien und deren Subventionierung.⁵⁸ Stattdessen setzt die AfD auf Kohle und Atomenergie. Doch diese vermeintlich billige Energie wird erheblich subventioniert.⁵⁹ Die deutschen Kohlekraftwerke zählen zu den größten CO₂-Schleudern Europas.⁶⁰ Für den Atommüll wird seit Jahren nach einem geeigneten Standort gesucht.

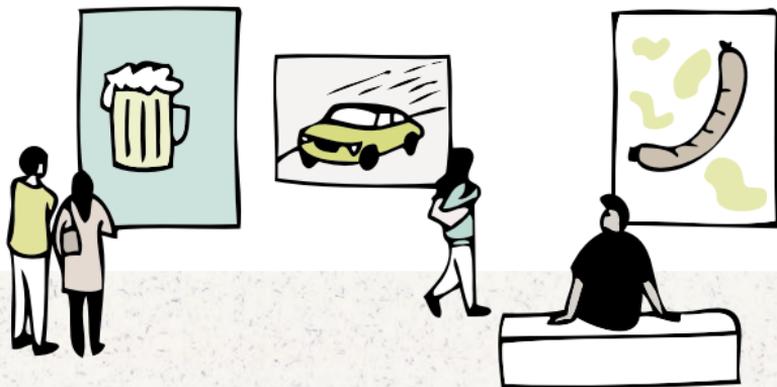
Klimaschutz, Umweltschutz und Tierwohl gehören zusammen. Egal ob in Verkehr, Landwirtschaft oder Energie: Eine klimagerechte Politik schützt langfristig Meere, Moore und Wälder als CO₂-Speicher – und als Lebensräume vieler Tiere und Pflanzen.

Welche Kultur will die AfD fördern?

Die Kultur ist in allen AfD-Programmen ein sehr wichtiger Punkt. Ihre Vorschläge, wie Kultur zu fördern und zu gestalten sei, sind aber durchgängig widersprüchlich und würden zum Teil in die Freiheit der Kunst eingreifen.

Auf der einen Seite will die AfD »den Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückdrängen« und Kulturpolitik unter anderem an »ökonomischer Vernunft« ausrichten (GP: 48). Das heißt, der Staat soll sich aus der Kulturförderung zurückziehen und die Kulturangebote müssen sich auf dem Markt behaupten. Das würde das Ende für viele Einrichtungen wie Theater bedeuten oder Eintrittskarten so teuer machen, dass nur noch Wohlhabende daran teilhaben können.

Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk will die AfD radikal verändern und verkleinern.⁶¹ Im Grundsatzprogramm fordert sie, den Rundfunkbeitrag abzuschaffen und ein freiwilliges Bezahlfernsehen einzuführen. Dann müssten die öffentlich-rechtlichen Medien sich am Geschmack der Mehrheit ausrichten. Gleichzeitig sollen sie »hochwertige« Beiträge produzieren (GP: 48). Dabei ist nicht klar, ob eine



hohe Qualität von Nachrichten und Kultursendungen gleichzeitig eine Vielzahl von Geschmäckern treffen und ob sie mit freiwilligen Beiträgen finanziert werden kann. Guter Journalismus bedeutet sorgfältige und aufwendige Recherchen und die sind teuer.

Auf der anderen Seite will die AfD selbst stark Einfluss auf die Kultur nehmen. Sie fordert etwa von Theatern weniger Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dafür ein »positives Deutschlandbild in der Kultur«⁶². Welche Themen Kultureinrichtungen darstellen, darf aber nicht von Regierungen vorgegeben werden.

Kampfbegriff »Leitkultur«

Die AfD versteht unter Kultur ausschließlich eine »deutsche Leitkultur«. Sie glaubt, eine »deutsche Leitkultur« einfach von anderen Kulturen trennen zu können; das Zusammenleben verschiedener Kulturen sieht sie als Gefahr (GP: 47). Dabei richtet sie sich ganz besonders gegen den Islam (GP: 49). Die Kultur in Deutschland ist jedoch von allen Einwohner:innen geprägt sowie von weltweiten Einflüssen. Kultur ist kein Einheitsbrei, weil sie von unterschiedlichen Menschen gemacht wird.

In der Kulturpolitik widerspricht sich die AfD bisher selbst. Würde ihre Kulturpolitik umgesetzt, so würde das heißen: Kulturangebote würden privat und teurer werden; nur Wenige könnten sie nutzen. Staatlich geförderte Projekte müssten ihre Programme im Sinn der AfD gestalten.



Die AfD und die Medien

Die AfD behauptet von sich, als einzige Partei für die Meinungsfreiheit einzustehen. Das steckt bereits in ihrem Slogan »Mut zur Wahrheit«. Die AfD stellt es dar, als würden manche Meinungen und Fakten in der Öffentlichkeit unterdrückt und als würde die AfD von den Medien ausgegrenzt und schlechter behandelt als andere Parteien.⁶³

Kampfbegriff »Systemmedien«

Als »Systemmedien« beschimpfen AfD-Mitglieder Zeitungen, Rundfunk und Blogs, die nicht im Sinne der Partei berichten oder sie kritisieren. Von »Indoktrination« und »Propaganda« ist die Rede,⁶⁴ von »Tugendterror« und »Denkverboten«.⁶⁵ Die AfD unterstellt den Medien, einem System zu dienen, und suggeriert, sie seien gleichgeschaltet. Sie seien somit keine freien Medien mit freiheitlicher Berichterstattung. Ähnlich funktioniert der Begriff »Lügenpresse«.

Eine Gleichschaltung der Medien bedeutet Zensur, staatliche Gewalt gegen Journalist:innen bis hin zur Schließung und Verhaftung ganzer Redaktionen. Davon kann in der Bundesrepublik keine Rede sein, auch AfD-nahe Medien dürfen berichten. Ebenso wenig grenzen die Medien die AfD einfach aus: Die AfD ist oft Gast in Talkshows.

Immer wieder heißt es: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse die AfD einladen. Richtig ist: Die öffentlich-rechtlichen Medien sind verpflichtet zur Meinungsvielfalt, Ausgewogenheit und Chancengleichheit der Parteien. Doch die Medien haben auch Rundfunk- und Pressefreiheit. Das heißt, sie dürfen ihr Programm frei gestalten. Expert:innen sagen: Wenn Parteien die Menschenwürde missachten, haben sie nicht den Anspruch, wie demokratische Parteien behandelt zu werden. Denn die Medien sind auch der Menschenwürde verpflichtet.⁶⁶

Der Skandal als Strategie

Die AfD weiß öffentliche Aufmerksamkeit zu nutzen. Erst provoziert ein Parteimitglied mit rechten und menschenverachtenden Vorschlägen. Oft folgt darauf deutliche Kritik in den Medien. Dann behauptet das AfD-Mitglied, falsch verstanden worden zu sein, oder die Partei distanziert sich von der Aussage. Die AfD stiehlt sich aus der Verantwortung. Doch die Botschaft wurde gesendet und die Aufmerksamkeit erreicht. Schon folgt die nächste Provokation.⁶⁷ Wer provoziert und wer sich distanziert, diese Rollen werden in der AfD wie ein Staffelstab weitergegeben.

Die AfD hat mehrfach die Pressefreiheit eingeschränkt: Sie hat unliebsamen Journalist:innen den Zutritt zu ihren Treffen verwehrt oder sie hinausgeworfen.⁶⁸ Das ist für eine Demokratie ein großes Problem: Die Medien werden auch Vierte Gewalt im Staat genannt. Das unterstreicht, dass sie genauso wichtig sind wie Parlament, Regierung und unabhängige Gerichte. Denn die Bevölkerung kann nur wählen, die Regierung kritisieren und sich beteiligen, wenn sie sich informieren kann. Dazu braucht es Journalist:innen, die offen und genau über Politik berichten. Was es aber nicht gibt: einen Anspruch auf positive Berichterstattung.



Angriffe getarnt als Anfragen

Die AfD stellt in den Parlamenten viele Anfragen. In Niedersachsen fragte die AfD, wie viele Sinti und Roma in Salzgitter leben.⁶⁹ In Sachsen wollte die AfD wissen, welche Religionsgemeinschaft wie viele Beschneidungen durchführt.⁷⁰ In Thüringen fragte eine Abgeordnete danach, wie viele Homosexuelle, Transgender und intergeschlechtliche Menschen es gibt.⁷¹ Der Staat erfasst solche Daten von Minderheiten nicht, denn das wäre diskriminierend. Außerdem könnten solche Statistiken zu weiterer Ungleichbehandlung führen.

Im Bundestag fragte die AfD, wie sich Infektionskrankheiten entwickeln und welche Nationalität die Erkrankten haben – und welche Kosten ausländische Patient:innen verursachen würden.⁷² Die Partei spielt mit der rassistischen Vorstellung, Gesundheit hätte mit Herkunft und Abstammung zu tun und Migration würde Krankheiten nach Deutschland bringen.

Außerdem wollte die AfD wissen, wie viele Schwerbehinderte es gibt und wie häufig die Ursache Heirat innerhalb der Familie sei. Dann fragte sie, wie viele der Personen einen Migrationshintergrund hätten.⁷³ Die AfD unterstellt somit einen Zusammenhang zwischen Behinderung, Geschlechtsverkehr in der Familie und Migration. Das haben viele Sozialverbände kritisiert. Die Anfrage erinnere »an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte, in denen Menschen mit Behinderung das Lebensrecht aberkannt wurde«⁷⁴.

Mit Anfragen und Anträgen stellen die Parteien eigene politische Ideen zur Diskussion und kontrollieren die Arbeit der Regierung. Die AfD fragt jedoch gezielt nach Gruppen, die schon im Nationalsozialismus verfolgt wurden oder heute von Diskriminierung betroffen sind. Die AfD will damit Empörung und Aufmerksamkeit erreichen.



Die AfD will aber nicht nur provozieren. Die Anfragen entsprechen inhaltlich den Parteiprogrammen und vielen Äußerungen von AfD-Mitgliedern. Sie haben ideologische Ursachen: Der völkische Nationalismus, eine grundlegende Ideologie im Nationalsozialismus, ist eine Mischung aus Rassismus und Nationalismus. Erstrebt wird eine völlig einheitliche Gemeinschaft, die als natürlich gewachsen gilt und meist als »Volkskörper« beschrieben wird.

Der völkische Nationalismus schließt nach außen alle aus, die keine weißen Deutschen durch Abstammung sind. Romnja:Roma, Jüdinnen:Juden, Muslim:innen und Schwarze Menschen werden in dieser Ideologie nie als Deutsche akzeptiert. Nach innen geht es um Vorstellungen von Ordnung, Reinheit und Nützlichkeit. Wer krank ist oder eine Behinderung hat, gilt als Last. Queeres Leben gilt als moralische Gefahr für das Volk.

Es gibt kein Volk, das biologisch als Körper miteinander verbunden ist. Die Gesellschaft besteht aus vielen verschiedenen Menschen und das ist auch gut so. Menschen sind keine Last für die Gemeinschaft, sondern die Gemeinschaft soll die Individuen stützen. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit.

Wie die AfD ihre politischen Gegner:innen bekämpft

Die AfD stellt in den Landtagen häufig Anfragen zu Projekten und Vereinen, die sich für Demokratie und Vielfalt sowie gegen Rassismus und Ausgrenzung engagieren oder offen die AfD kritisieren.⁷⁵ Die AfD unterstellt ihnen, linksextremistisch zu sein oder nicht »neutral«. So erlangt sie Daten von Kooperationspartner:innen und Teilnehmenden und verlangt die Fördergelder zu streichen.

Ein Beispiel ist der Verein »Miteinander« aus Sachsen-Anhalt. Der »Miteinander e. V.« berät Opfer rechter Gewalt und arbeitet in der politischen Bildung zu den Themen Demokratie, Zivilcourage und Rassismus. Der Verein setzt sich auch kritisch mit der AfD auseinander. Die AfD-Fraktion im Landtag hat immer wieder Anfragen zum Verein gestellt und forderte, ihm die Förderung zu entziehen. Das würde die gesamte Arbeit des Vereins aufs Spiel setzen.



Das Ziel der AfD ist, unsere Arbeit für Demokratie, Menschenwürde und Welt-offenheit zu beenden. Doch es geht um sehr viel mehr als unseren Verein: Dies ist eine Kampfansage der AfD gegen große Teile der Zivilgesellschaft. Die Angriffe gelten allen, die sich für ein demokratisches, vielfältiges Miteinander einsetzen. Wir werden uns auch weiterhin für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft engagieren.



RICARDA,
MITEINANDER E.V.

Mit ihrem Einsatz gegen sogenannten Linksextremismus behauptet die AfD, gegen Gewalt und für Demokratie einzutreten. Doch die Partei setzt sich nicht glaubhaft gegen Gewalt ein. Auf Kreis-, Landes- wie Bundesebene sitzen für die AfD auch gewalttätige Personen in Parlamenten.⁷⁶ AfD-Bundestagsabgeordnete haben Kontakte zu Burschenschaften, neonazistischen Parteien und Kameradschaften und zur extrem rechten »Identitären Bewegung«.⁷⁷ Gewaltbereite und extreme Rechte haben also Verbindungen in die Partei. In Wirklichkeit will die AfD ihre Kritiker:innen einschüchtern und isolieren.

Politik und Zivilgesellschaft sollten sich von AfD-Kampagnen nicht stoppen lassen, sondern deren Taktik offenlegen und die eigene Haltung behaupten. Der Einsatz gegen Rassismus und Neonazismus, für Bewegungsfreiheit und für globale Gerechtigkeit ist weder »links-extremistisch« noch neutral, sondern menschenrechtsorientiert. Er wird von einer vielfältigen Zivilgesellschaft getragen, von Linken, Rentner:innen, Schüler:innen, Umweltschützer:innen, Antifaschist:innen, Feminist:innen und Flüchtlingshelfer:innen. Dieses Engagement macht Demokratie erst lebendig.

Weiterbilden

Was tun gegen rechts?

Material der Fachstelle *Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien* sowie ein bundesweiter Veranstaltungskalender

↗ weiterdenken.de/rechtspopulismus

Mut für bedrohte Kommunalpolitik

Portraits, Podcast und Studien rund um Anfeindungen gegen demokratische Kommunalpolitiker:innen

↗ boell.de/bedrohte-kommunalpolitik

Mythos Neutralitätsgebot

Eine Handreichung vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten und dem Deutschen Bundesjugendring

↗ t1p.de/mythos-neutral

Rechter Terror: Warum wir eine neue Sicherheitsdebatte brauchen

Ein Dossier der Heinrich-Böll-Stiftung

↗ tinyurl.com/sicherheitsdebatte

»GENDER RAUS!«

Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik vom Gunda Werner Institut

↗ t1p.de/gender-raus

Die extreme Rechte zwischen Klimawandelleugnung und Klimanationalismus

Eine Broschüre von FARN

↗ t1p.de/farn-klima

zusammentun – solidarisch gegen rechts

Ausstellung und Podcast

eine Ausstellung darüber, wie wir uns der extremen Rechten stellen: gemeinsam und solidarisch – über Alltag und Highlights, Scheitern und Angriffe, Hoffnung und Verbündete



Besuchen, ausleihen, Podcast hören:

➤ weiterdenken.de/zusammentun-ausstellung



Quellen

GP steht für: Alternative für Deutschland, Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04./01.05.2016, Berlin 2016

- 1 N. Armbrust et al., AfD im Bundestag beschäftigt mehr als 100 Rechtsextreme, tagesschau.de 12.3.2024, ↗ [t1p.de/ard-bundestag](https://www.tagesschau.de/ard-bundestag)
- 2 Henrik Cremer, Je länger wir schweigen, desto mehr Mut werden wir brauchen, München 2024
- 3 Statista, Anzahl der registrierten Straftaten in Deutschland von 1987 bis 2023, 2024, ↗ [t1p.de/straftaten-brd](https://www.statista.com/de/straftaten-brd)
- 4 David Schraven, Das AfD-Programm entschlüsselt, Correctiv 14.3.2016, ↗ [t1p.de/correctiv-afdprogramm](https://www.correctiv-afdprogramm.de/)
- 5 Lucius Teidelbaum, Law&Order als Element rechtspopulistischer Politik bei der AfD, AfD-Dossier, 2017, ↗ weiterdenken.de/afd-dossier
- 6 AfD Kompakt, EU sollte Istanbul-Konvention nicht anerkennen!, AfD Kompakt 14.2.2023, ↗ [t1p.de/afd-kompakt-istanbul](https://www.afd-kompakt-istanbul.de/)
- 7 Im Grundsatzprogramm bemängelt die AfD die zunehmende Erziehung in Krippen und Ganztagschulen und eine Benachteiligung von Vollzeitmüttern, S. 41.
- 8 AfD, Konzept zur Sozialpolitik des 11. Bundesparteitages der AfD in Kalkar 28. bis 29. November 2020, Berlin 2020 sowie AfD, Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament. Beschlossen auf der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg, 29. bis 30. Juli und 4. bis 6. August 2023. Berlin 2023, S. 47
- 9 Ärzte ohne Grenzen, Sichere Schwangerschaftsabbrüche sind elementare Gesundheitsversorgung, ohne Datum, ↗ [t1p.de/sichere-abtreibung](https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/sichere-abtreibung)
- 10 Patricia Hecht, Große Mehrheit für Legalisierung, taz 15.4.24, ↗ [t1p.de/taz-abtreibung](https://www.taz.de/taz-abtreibung)
- 11 AfD, Willkommenskultur für Kinder: Familienförderung und Bevölkerungsentwicklung, 2017, ↗ [t1p.de/afdhomepage-familie](https://www.afd-homepage.de/familie)
- 12 Micha Schulze, AfD-Wahlprogramm: Noch queerfeindlicher als geplant, queer.de 11.4.2021, ↗ [t1p.de/queerfeindlich](https://www.queer.de/11.4.2021/afd-wahlprogramm); AfD, Deutschland, aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Beschlossen auf dem 12. Bundesparteitag der AfD in Dresden, 10. bis 11. April 2021, Berlin 2021, S. 114f.
- 13 esw/dpa, Bundestag verhängt Ordnungsgeld gegen Beatrix von Storch, Spiegel Online 26.6.2024, ↗ [t1p.de/spiegel-storch](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/beatrix-von-storch-ordnungsgeld)
- 14 dpa, Weidels Wandel: »AfD ist einzige Schutzmacht für Schwule und Lesben«, Merkur.de, 20.7.2017, ↗ [t1p.de/merkur-afd](https://www.merkur.de/20.7.2017/afd-schutzmacht)
- 15 AfD, Willkommenskultur für Kinder, 2017
- 16 LSVD, Die Homophobie der AfD – eine unberechenbare Alternative, lsvd.de ohne Datum, ↗ [t1p.de/lsvd-afd](https://www.lsvd.de/lsvd-afd)
- 17 Volker Nothing, zitiert in: Markus Woller, Kulturkampf um Sexualaufklärung, RBB 20.10.2023, ↗ [t1p.de/rbb-aufklaerung](https://www.rbb-online.de/kulturkampf)
- 18 AfD, Deutschland, aber normal, 2021, S. 114f.
- 19 Victoria Krumbek, »Kein einziger Fall« – AfD blamiert sich mit Anfrage und Antrag zu Gender-Zwang, FR 21.12.2023, ↗ [t1p.de/fr-gendern](https://www.fr-online.de/fr-gendern)
- 20 Alexander Gauland im Interview mit Roland Pichler, Die AfD will als Partei der kleinen Leute punkten, Stuttgarter Zeitung 25.4.2016, ↗ [t1p.de/stuttgarter-gauland](https://www.stuttgarter-zeitung.de/alexander-gauland)
- 21 Volker Weiß, Rechter Hass auf Reiche, Süddeutsche Zeitung 12.7.2023, S. 9
- 22 AfD, Deutschland, aber normal, 2021, S. 119, 127f.

- 23 Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017, Dokument bei Stefan Lauer, Geheimes Strategiepapier: Wie die AfD 2017 Wahlkampf machen will, Vice 2017, ↗ t1p.de/vice-strategie-2017
- 24 Volker Weiß, Rechter Hass auf Reiche, 2023
- 25 Julia Ley und Sophie Menner, #Faktenfuchs: Ausreisepflichtige belegen kaum Wohnraum, BR 29.9.2023, ↗ t1p.de/br-wohnraum
- 26 Alternative für Deutschland, Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017, Berlin 2017, S. 56
- 27 Deutscher Bundestag, Drucksache 20/5611, 2023
- 28 Deutscher Bundestag, Drucksache 20/6388, 2023; GP: 75
- 29 Bundeszentrale für politische Bildung, Datenreport 2021, Bonn 2021, S. 247, ↗ t1p.de/datenreport-2021
- 30 Nachfrage bei Abgeordnetenwatch und Antwort von AfD-MdB Albrecht Glaser, abgeordnetwatch.de 20./21.2.2024, ↗ t1p.de/afd-steuern
- 31 Stephan Kaufmann, Das AfD-Programm ist ein Plan für Reiche, FR 3.2.2024, ↗ t1p.de/steuern-afd
- 32 AfD, Europawahlprogramm, 2023, S. 8f.
- 33 Ebd., S. 10f.
- 34 Marcus Bensmann, Jean Peters u.a., Der AfD-Komplex, Correctiv 2024, S.60–85
- 35 Tagesschau, Russland stuft LGBTQ+ Community als »extremistisch« ein, tagesschau.de 30.11.2023, ↗ t1p.de/tagesschau-russland
- 36 Thorsten Denkler, AfD-Politiker gegen »offen ausgelebte Sexualität«, sueddeutsche.de 4.6.2016, ↗ t1p.de/sueddeutsche-afd
- 37 Ulrich Müller, Wer stoppt die intransparenten Geldflüsse zugunsten der AfD?, Lobbycontrol 6.6.2018, ↗ t1p.de/lobbycontrol-afd-spenden
- 38 Timo Lange und Aurel Eschmann, Der AfD-Russland-China-Komplex, Lobbycontrol 31.5.2024, ↗ t1p.de/lobbycontrol-afd
- 39 Sanaz Azimipour & Javier Toscano, Nicht ohne uns 14 Prozent: Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen, Petition auf change.org 15.7.2021, ↗ t1p.de/14-prozent
- 40 AfD, Europawahlprogramm, 2023, S. 17
- 41 Correctiv, Geheimplan gegen Deutschland, correctiv.org 10.1.2024, ↗ t1p.de/correctiv-geheimplan
- 42 Z.B. Deutscher Bundestag, Drucksache 20/9151, 2023
- 43 Andreas Kemper, »Alles für Deutschland«, die Erkennungslosing der Neonazis, Campact Blog 22.5.2024, ↗ t1p.de/campact-afd
- 44 Lucas Lorenz, Die AfD und ihr verschleierte Antisemitismus, boell.de 1.7.2024, ↗ t1p.de/boell-afd-antisemitismus
- 45 Oliver Decker u.a., Besteht eine Chance für eine neue Partei? AfD-Anhänger und die Aussicht für eine Alternative links der Mitte, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen (37/2) 2024, S. 13
- 46 Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn 2023, S. 160f.
- 47 UNHCR, Global Trends. Forced Displacement in 2022, ↗ t1p.de/unhcr-2022, S. 2
- 48 Ebd., S. 21–22
- 49 Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32, 2017
- 50 Pro Asyl, An der Realität vorbei: Das Urteil des OVG Münster zu Syrien, 30.7.2024, ↗ t1p.de/proasyl-syrien
- 51 AfD, Europawahlprogramm, 2023, S. 17

- 52 Annette Schneider-Solis, Leben mit dem Nichts, Neues Deutschland 7.4.2022, ↗ t1p.de/nd-serbien
- 53 Deutscher Bundestag, Drucksachen 19/2998, 2018 sowie 20/8417, 2023
- 54 Katarina Huth u.a., Die Heartland Lobby, correctiv.org 4.2.2020, ↗ t1p.de/correctiv-heartland
- 55 AfD, Europawahlprogramm, 2023, S. 38
- 56 Sarah Langer, Windenergie: Können Vögel und Windräder koexistieren? National Geographic 6.3.2024, ↗ t1p.de/windkraft-voegel
- 57 Deutscher Bundestag, Drucksache 20/10729, 2024
- 58 AfD, Europawahlprogramm, 2023, S. 42
- 59 Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, Was Strom wirklich kostet, 2017, ↗ t1p.de/strom-kosten; ebd., Wie Braunkohle staatlich gefördert wird, 2023, ↗ t1p.de/braunkohle-foerderung
- 60 Lottie Limb, »Wiederholungstäter«: Das sind die Top 10 der umweltschädlichsten Kraftwerke in Europa, Euronews 23.5.2023, ↗ t1p.de/euronews-kraftwerke
- 61 AfD, Deutschland, aber normal, 2021, S. 164
- 62 Zit. nach: Axel Brüggemann, Das Ende der Kultur, wie die AfD es plant, Backstage Classical 2.6.2024, ↗ t1p.de/backstage-afdkultur
- 63 Amadeu Antonio Stiftung, Die AfD und die Öffentlichkeit, 2023, ↗ t1p.de/aas-medien
- 64 Véronique Gantenberg, Julia Regis, Pressefreiheit im Visier: Wie die AfD kritischen Journalismus bekämpft, Monitor 23.11.2023, ↗ t1p.de/monitor-pressefreiheit
- 65 AfD, Deutschland, aber normal, 2021, S. 165
- 66 Andreas Fischer-Lescano und Georg Restle, Kein Anspruch auf Sendezeit, Verfassungsblog 9.6.2021, ↗ t1p.de/verfassungsblog-sendezeit
- 67 Amadeu Antonio Stiftung, Die AfD und die Öffentlichkeit, 2023
- 68 Sebastian Wellendorf, Brandenburger Journalisten beklagen AfD-Anfeindungen, Deutschlandfunk 29.2.2024, ↗ t1p.de/dfp-pressefreiheit
- 69 Niedersächsischer Landtag, Drucksache 19/2134, 2023
- 70 Sächsischer Landtag, Drucksache 6/12526, 2018
- 71 Thüringer Landtag, Drucksache 6/1191, 2015
- 72 Deutscher Bundestag, Drucksache 19/1640, 2018
- 73 Deutscher Bundestag, Drucksache 19/1623, 2018
- 74 Zeit Online, Sozialverbände entsetzt über AfD-Anfrage zu Behinderten, 22.4.2018, ↗ t1p.de/zeit-sozialverbaende
- 75 Pascal Siggelkow, Gemeinnützige Organisationen im Fadenkreuz der AfD, tagesschau.de 18.6.2024, ↗ t1p.de/tagesschau-anfragen
- 76 Till Eckert u.a., Gewalt als Alternative, Correctiv.org 5.4.2024, ↗ t1p.de/correctiv-gewalt
- 77 N. Armbrust et al., AfD im Bundestag beschäftigt mehr als 100 Rechtsextreme, 2024

Stand der Quellen: 13.08.2024

Impressum

Herausgeberin:

Fachstelle *Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien*
der Heinrich-Böll-Landesstiftungen

c/o Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e. V.

Kraftwerk Mitte 32 | 01067 Dresden

info@weiterdenken.de | weiterdenken.de

V.i.S.d.P.: Kathrin Bastet

Weiterdenken Verlag, Dresden

Neuaufgabe 2024

Gestaltung: Nicole Riegert

ISBN digital 978-3-946541-51-6

Die Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftungen dürfen
nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.



weiterdenken
HEINRICH BÖLL STIFTUNG SACHSEN

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
STIFTUNGSVERBUND



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der
Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Copyright:

Das Dokument steht unter einer Creative Commons Lizenz (CC BY-NC-ND)

➤ <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Es darf verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden
unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen der Rechteinhaberin (Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung der Rechteinhaberin: info@weiterdenken.de

